

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Sofortmaßnahmen für Unternehmer und Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Abgaben- und Bürokratielast ist deutlich zu hoch. Insbesondere die Entwicklungen der vergangenen vier Jahre haben die Wirtschaft auf eine harte Probe gestellt. Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie und zur Senkung der Abgabenlast sind nötig, um wieder wirtschaftliche Dynamik und Innovation zu fördern. Übermäßige Regulierungen und fehlende Mittel für Investitionen, die die unternehmerische Freiheit und Effizienz hemmen, sollen reduziert werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene für eine Senkung der Energiesteuer und die Abschaffung der CO₂-Bepreisung einzusetzen. Dies ist notwendig, um die Energiepreise zu senken, die Wirtschaft zu entlasten und die durch die Energiewende verursachte Energieknappheit zu adressieren.
2. sich auf Bundesebene für eine Reduzierung der Steuern auf Kraftstoffe einzusetzen, um die Mobilität zu sichern und die Kosten für Pendler, Landwirte und Unternehmen zu senken, primär in ländlichen Regionen.
3. sich auf Bundesebene für eine Absenkung der Umsatzsteuer, insbesondere für die Gastronomie und Tourismusbranche, einzusetzen.
4. ein Gesetz vorzulegen, um die Grunderwerbsteuer zu senken und die Infrastrukturpauschale aus dem kommunalen Finanzausgleich künftig zu erhöhen, um die Bauwirtschaft zu stärken und die Infrastruktur in ländlichen Gebieten zu verbessern.
5. auf Bundesebene dafür zu sorgen, das Energieangebot durch Kernkraft und günstigeres Erdgas wieder auszuweiten.

6. die Meisterausbildung und -prüfung kostenfrei für die angehenden Meister zu gestalten, um das Handwerk zu fördern, qualifizierte Fachkräfte zu sichern und die Tradition des Handwerks zu bewahren.
7. Zuschüsse für Auszubildende in seltenen, kulturprägenden und in von einem Engpass betroffenen Berufen bereitzustellen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft zu stärken.
8. das Vergabegesetz wieder zu lockern, um die Flexibilität und Effizienz bei öffentlichen Aufträgen zu erhöhen und unnötige Verzögerungen und Kostensteigerungen zu vermeiden.
9. den Fokus der Wirtschaftsförderung von der Energiewende auf die realen Probleme der Menschen zu verlagern, um ein Gleichgewicht zwischen der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu finden.
10. den gesetzlichen Rahmen auf Landesebene von Regelungen aus EU und Bund strikt im Sinne der Landwirtschaft umzusetzen.
11. landwirtschaftliche Nutzfläche nicht zugunsten erneuerbarer Energien und sogenannter Klimaschutzmaßnahmen umzuwidmen, verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur Ernährungssicherheit Deutschlands.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Im Zuge des weitreichenden Bauern- und Unternehmerprotestes am 8. Januar 2024, an dem sich Zehntausende Menschen landesweit beteiligt haben, ist es unerlässlich, die drängenden Anliegen der Demonstranten ernst zu nehmen und konkrete politische Maßnahmen zu ergreifen. Diese Proteste haben deutlich gemacht, dass die momentane Politik in wesentlichen Bereichen nicht den Bedürfnissen und Anforderungen der Bevölkerung, insbesondere der Landwirte und Unternehmer, entspricht.

Ein zentraler Punkt ist der Abbau von Bürokratie. Übermäßige Regulierungen hemmen die unternehmerische Freiheit und Effizienz, was sich gerade in kleinen und mittelständischen Betrieben negativ auswirkt. Der Protest hat gezeigt, dass die Wirtschaft nach Flexibilität und weniger administrativer Last verlangt, um Innovationen voranzutreiben und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Eng damit verbunden ist die Forderung nach einer Senkung der Abgabenlast. Hohe Steuern und Abgaben schwächen die Leistungsbereitschaft und lassen Unternehmern sowie Bürgern weniger von ihrem hart verdienten Geld. Eine Entlastung würde nicht nur die Binnenwirtschaft stärken, sondern auch Eigeninitiative und Verantwortung fördern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Bundesratsinitiative zur Senkung der Energiesteuer und die Abschaffung der CO₂-Bepreisung. Die aktuelle Energiepolitik, insbesondere die hohe Belastung durch Energiesteuern und die CO₂-Bepreisung, wurde während der Proteste als ein Hauptgrund für die steigenden Betriebskosten und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen identifiziert. Eine Reduktion dieser Steuern würde die Wirtschaft entlasten und die durch die Energiewende verursachte Energieknappheit adressieren.

Die Senkung der Kraftstoffsteuern steht ebenfalls im Fokus, speziell um die Mobilitätskosten für Pendler und Unternehmen, vor allem in ländlichen Regionen, zu reduzieren. Dies wäre eine direkte Antwort auf die Sorgen der Landwirte, die besonders von hohen Kraftstoffpreisen betroffen sind.

Die Stärkung des ländlichen Raums und vornehmlich des Bauernstandes und der Bauwirtschaft sind ebenso ein zentrales Anliegen. Die Senkung der Grunderwerbsteuer und die Erhöhung der Infrastrukturpauschale würden direkt dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in ländlichen Gebieten zu verbessern und die Landwirtschaft zu unterstützen.

Darüber hinaus müssen die Regelungen, die aufgrund von Beschlüssen auf EU- und Bundesebene in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werden, im Rahmen der Möglichkeiten im Sinne der Landwirte umgesetzt werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Ernährungssicherheit ist die weitere Reduktion landwirtschaftlicher Nutzfläche zugunsten des Ausbaus erneuerbarer Energien und des sogenannten „Klimaschutzes“ konsequent zu unterlassen.

Die Bedeutung des Handwerks und die Notwendigkeit, qualifizierte Fachkräfte zu sichern, wurde ebenfalls hervorgehoben. Eine kostenlose Meisterausbildung und Prüfung würde jungen Menschen den Einstieg in das Handwerk erleichtern und die Tradition dieses wichtigen Wirtschaftszweiges stärken.

Die Unterstützung von Auszubildenden in Engpassberufen durch Zuschüsse würde darüber hinaus helfen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken.

Schließlich ist es angesichts der Proteste offensichtlich, dass eine Neuorientierung der politischen Prioritäten erforderlich ist. Der Fokus sollte von der Energiewende hin zu den realen Problemen der Menschen verlagert werden. Dies würde bedeuten, dass die Lebensqualität der Bürger und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Zusammengefasst spiegeln diese Forderungen die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung wider, wie sie auch während der landesweiten Proteste zum Ausdruck kamen. Es ist nun an der Landesregierung, auf diese Stimmen zu hören und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.